

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

Deutschlandpolitik und Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Der Bundestag wolle beschließen:

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen ist das Wiener Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 19. Januar 1989 mit einem außerordentlichen Erfolg zukunftsweisend abgeschlossen worden. Das abschließende Dokument macht nicht nur den Weg frei für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung, es umfaßt vor allem eine Reihe von wesentlichen Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte.

Der Deutsche Bundestag sieht in diesem Ergebnis einen wichtigen Schritt zur Öffnung neuer Wege der Zusammenarbeit, zur Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und damit der Festigung der internationalen Sicherheit und des Friedens.

Die Menschen in beiden deutschen Staaten erwarten, daß die Politik des Dialogs und der systemöffnenden Zusammenarbeit auch in Deutschland zu konkreten Ergebnissen führt, d.h. vor allem zu einer Verbesserung bei den Menschenrechten und Grundfreiheiten in der DDR und zu einer Erleichterung von menschlichen Kontakten im geteilten Deutschland. Nur bei einer solchen Perspektive können die Menschen in der DDR dazu bewegt werden, sich in ihrer Heimat zu engagieren.

Die von der Wiener Folgekonferenz in einem multilateralen Rahmen geschlossenen Vereinbarungen im Bereich der Menschenrechte haben Geltung auch gegenüber der DDR. Zentrale Bestimmungen im Bereich der menschlichen Kontakte und der Grundfreiheiten sind u. a.:

- ausdrückliche Bekräftigung des Rechts auf Freizügigkeit und des Rechts, in das eigene Land wieder zurückzukehren; Einschränkungen sind Ausnahmen und dürfen nicht mißbraucht oder willkürlich angewendet werden;
- Gewährleistung, daß wegen Antrags auf Ausreise oder Besuchsreise niemand benachteiligt wird;

- Festlegung konkreter Fristen für die Entscheidung über Anträge im Bereich der menschlichen Kontakte, die die bisherige jahrelange Ungewißheit für die Antragsteller beseitigt;
- bei Besuchsreisen im Rahmen der menschlichen Kontakte ist die Möglichkeit für eine schrittweise Herabsetzung und schließliche Abschaffung aller Erfordernisse, Landeswährung über die tatsächlichen Ausgaben hinaus zu erwerben, in Erwägung zu ziehen;
- Zulassung von nichtstaatlichen Menschenrechtsgruppen, Gewährleistung der Informationsfreiheit einschließlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Journalisten;
- Einführung eines Überprüfungsmechanismus der eingegangenen Verpflichtungen und einer Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE.

Die DDR ist aufgefordert, die im abschließenden Dokument des Wiener KSZE-Folgetreffens festgehaltenen Verpflichtungen in die Praxis umzusetzen. Dies muß zu erheblichen Änderungen geltender Regelungen und Verfahren, insbesondere für den innerdeutschen Reiseverkehr, führen. Die ab 1. Januar 1989 in der DDR geltende Reiseregelung darf keinesfalls zu einem Rückschritt gegenüber der früheren Praxis führen.

Darüber hinaus entzieht sich die DDR bisher der Verpflichtung zu einer allgemein zugänglichen Veröffentlichung des vollständigen und korrekten Textes des abschließenden Dokuments des Wiener KSZE-Folgetreffens.

Der Deutsche Bundestag hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung die Konferenz dazu genutzt hat, die Nichteinhaltung bereits bestehender KSZE-Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten, insbesondere auch durch die DDR anzumahnen und auf Menschenrechtsverletzungen durch DDR-Behörden hinzuweisen. Dies betrifft vor allem den Schußwaffengebrauch an der Grenze, der in jüngster Zeit wieder Opfer gefordert hat, aber auch Maßnahmen gegen westliche Journalisten, gegen Kirchen und nichtstaatliche Gruppen in der DDR.

Die Teilnehmer an den KSZE-Folgekonferenzen sollten von der Bundesregierung aufgefordert werden, die Regelungen des abschließenden Dokuments der Folgekonferenz von Wien mit den in der DDR geltenden Bestimmungen und Verfahren zu vergleichen und gegebenenfalls tätig zu werden.

Angesichts der vielfältigen Bekundungen zu einer Politik der menschlichen Erleichterungen ist die DDR aufgerufen, die inhumanen Relikte aus der Konfliktphase endlich aus der Welt zu bringen. Die seit 1980 noch bestehenden Lasten des erhöhten Zwangsumtauschs sind zu beseitigen. Rentner müssen wieder vom Umtausch freigestellt sein.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die im abschließenden Dokument des Wiener KSZE-Folgetreffens vorgesehenen Implementierungsmechanismen, insbesondere die Informations- und Konsultationsverfahren, zu nutzen,

um darauf hinzuwirken, daß die vereinbarten Maßnahmen im Bereich der Grundfreiheiten und der menschlichen Kontakte in der DDR realisiert werden;

- die vorgesehenen Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE zum Anlaß zu nehmen, die Einhaltung einschlägiger Verpflichtungen zu überprüfen und praktische Vorschläge für neue Maßnahmen vorzubereiten.

Bonn, den 15. März 1989

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

